

Pressemitteilung des Bundesverbands katholischer Studierendenwohnheime

Wohnungsnot unter Studierenden – dringender Handlungsbedarf für Bund und Länder

Mainz, 1. Oktober 2024 – Die Wohnungsnot unter Studierenden in Deutschland erreicht alarmierende Ausmaße. In vielen Universitätsstädten finden Studierende schlichtweg keine Wohnung mehr. Besonders dramatisch ist die Situation in Städten wie München, Berlin und Frankfurt, wo die Mieten für Kleinstwohnungen oder WG-Zimmer oft über 800 Euro pro Monat liegen. In Frankfurt müssen Studierende in ihrer Verzweiflung teilweise sogar auf den Terminals des Flughafens übernachten, weil sie keinen Wohnraum finden. Verschärft hat sich die Situation auch noch einmal durch konkurrierende Gruppen aus dem Kreis von Geflüchteten und Asylbewerbern um billigen Wohnraum. Solche Zustände sind unhaltbar und verdeutlichen den akuten Handlungsbedarf

Das BAföG reicht mit der aktuellen Wohnkostenpauschale von 380 Euro bei weitem nicht aus, um den realen Mietpreisen gerecht zu werden. Viele Studierende geben mittlerweile über 50 % ihres Einkommens allein für Miete aus, was eine normale Lebensführung und konzentriertes Studieren fast unmöglich macht. Laut dem MLP Studentenwohnreport 2024 ist die Mietbelastung in nahezu allen Universitätsstädten gestiegen, während der Wohnungsmarkt immer weniger bezahlbare Alternativen bietet.

Der Beitrag der katholischen Bistümer – Große Herausforderungen

Die katholischen Bistümer, die unter dem Motto „Mehr als ein Dach über dem Kopf“ Studierendenwohnheime betreiben, stehen vor ähnlichen Problemen. Unsere Wohnheime bieten Studierenden nicht nur preiswerten Wohnraum, sondern auch eine starke soziale Gemeinschaft, die den Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung fördert. Doch auch wir stoßen zunehmend an unsere Grenzen. Viele unserer Wohnheime sind veraltet und bedürfen dringender Modernisierungen, sowohl um die Wohnqualität zu sichern als auch um den heutigen energetischen Standards zu entsprechen.

Die Betriebskosten steigen, während wir die Mieten nicht im gleichen Maße erhöhen können, ohne unseren sozialen Auftrag zu gefährden. Gerade internationale Studierende, die auf Wohnheime angewiesen sind, stehen oft vor einer ausweglosen Lage, da sie keine andere Unterkunft finden und von den extrem hohen Mieten am freien Markt überfordert sind.

Bundesprogramm „Junges Wohnen“ – Ein Schritt in die richtige Richtung

Wir begrüßen das Bundesprogramm „Junges Wohnen“, das jährlich 500 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnraum bereitstellt. Dies ist ein entscheidender Schritt, um neuen Wohnraum für Studierende zu schaffen. Doch es reicht nicht, nur auf Neubauprojekte zu setzen. Viele unserer Wohnheime sind veraltet und brauchen dringend Investitionen in energetische Sanierungen und Modernisierungen, um weiterhin attraktive und bezahlbare Wohnmöglichkeiten zu bieten. Wir fordern daher eine verstärkte Förderung der Modernisierung bestehender Wohnheime, damit der Bestand an studentischem Wohnraum nachhaltig gesichert bleibt.

Appell an Bund und Länder

Der Bundesverband katholischer Studierendenwohnheime fordert den Bund auf, im kommenden Haushalt und darüber hinaus weitere Mittel für den studentischen Wohnungsbau und die Sanierung bereitzustellen. Die Situation der Studierenden auf dem Wohnungsmarkt wird sich ohne eine entschlossene, langfristige Förderung weiter verschärfen. Wir benötigen verbindliche Programme, die nicht nur auf Neubauten abzielen, sondern Modernisierungsprojekte und Sanierungen bestehender Wohnheime fördern.

An die Länder richten wir den dringenden Appell, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch tatsächlich für den studentischen Wohnungsbau einzusetzen. In einigen Bundesländern wird dieses Ziel oft vernachlässigt, obwohl die Not bei Studierenden akut ist. Es muss sichergestellt werden, dass die Mittel zweckgebunden genutzt werden, um die Wohnungsnot an den Hochschulstandorten wirksam zu bekämpfen.

Private Initiativen reichen nicht aus

Zwar gibt es zahlreiche private Initiativen wie „Wohnen für Hilfe“ oder befristete Mietangebote, doch diese können die grundsätzliche Wohnungsnot nicht lösen. Ohne den Ausbau und die Modernisierung von Wohnraum werden immer mehr Studierende keinen bezahlbaren Wohnraum finden und weiter auf Bahnhöfen, Flughäfen oder in Notunterkünften ausharren müssen. Solche Zustände dürfen in einem Land wie Deutschland nicht zur Normalität werden.

Fazit – Gemeinsam für die Zukunft der Studierenden

Die katholischen Studierendenwohnheime sind bereit, weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des studentischen Wohnungsmarktes zu leisten. Doch ohne eine konsequente staatliche Förderung zur allgemeinen Entlastung des Wohnungsmarktes sind wir langfristig nicht in der Lage, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Wir fordern den Bund und die Länder auf, entschieden zu handeln und die Mittel zielgerichtet für den studentischen Wohnraum einzusetzen. Nur so kann die drängende Wohnungsnot unter Studierenden wirksam und nachhaltig bekämpft werden.

Kontakt:

Bundesverband katholischer Studierendenwohnheime

vertreten durch den Vorsitzenden Meik Zahn

Saarstraße 20, 55122 Mainz

06131 322 103

meik.zahn@bistum-mainz.de